



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 28.11.2012

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 05. Dezember 2012, um 17:00 Uhr,
Nachbarschaftshaus, Saal, Rathausstraße 10, Wiesbaden-Biebrich

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Nachbarschaftshaus Wiesbaden

2. 12-F-03-0164

ANLAGE

Offener Brief des Bündnisses ‚Gemeingut in BürgerInnenhand - für eine kommunale HSK‘ zu
Missständen an den HSK Kliniken
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.11.2012* -

3. 12-F-33-0132

Kein Jugendlicher ohne Ausbildung
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 21.11.2012 -

Vorbemerkung:

Laut Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011 landeten deutschlandweit knapp 300.000 Jugendliche im Übergangsbereich zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung. Einerseits ist das Übergangssystem mit 17 Bundes- und ca. 100 Länderprogrammen extrem unübersichtlich und verursacht Kosten von mehr als vier Milliarden Euro jährlich. Andererseits schätzt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, dass ein Drittel der Jugendlichen im Übergangsbereich mit vertretbarem Aufwand für die Betriebe direkt eine Ausbildung beginnen könnten. Außerdem seien mehr als 70 % der Ausbildungsbetriebe grundsätzlich bereit, lernschwächere Schulabgänger einzustellen.¹

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. wie viele Jugendliche aus Wiesbaden pro Jahr durchschnittlich nach ihrem Abgang von der Schule im Übergangsbereich zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung landen;
2. welcher Anteil dieser Jugendliche über welchen Schulabschluss verfügt (untergliedert nach Geschlecht und nach „mit / ohne Migrationshintergrund“);
3. welcher Anteil an welchen Übergangsangeboten wie z.B. Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) oder Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) teilnehmen;
4. wie lange es durchschnittlich dauert bis dann doch mit einer beruflichen Ausbildung begonnen wird bzw. welcher Anteil dauerhaft ohne berufliche Ausbildung bleibt (letzteres untergliedert nach Schulabschluss, nach Geschlecht und nach „mit / ohne Migrationshintergrund“);
5. wie in Wiesbaden angesichts der Unübersichtlichkeit von Förderprogrammen sichergestellt wird, dass eine auf den Einzelfall abgestellte Unterstützung den größtmöglichen Erfolg erzielt;
6. wie der Magistrat die Chancen einschätzt, gemeinsam mit den Berufsverbänden vor Ort und der heimischen Wirtschaft, die durchschnittliche Verweildauer im Übergangssystem zu reduzieren;
7. wie der Magistrat den Ansatz bewertet, durch eine bessere Kooperation von Jugendhilfe und Schule ab der siebten Klasse den Zugang zur beruflichen Ausbildung zu verbessern.

¹ Vgl. Pressemeldung „Ausbildungsumfrage“ vom 08.05.2012 auf www.dihk.de

4. 12-F-33-0133

Hearing über wirkungsorientierte Bekämpfung von Bildungsbenachteiligung
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 16.11.2012 -

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Sozialausschuss führt ein Hearing unter Beteiligung auch externen Sachverständigen u.a. zu folgenden Themen durch:

1. Welche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung haben mit welchem Aufwand wie vielen Betroffenen geholfen, Armut (gemäß Definition 2010:18) dauerhaft zu verlassen?
2. Wie ist der Wirkungsgrad dieser Maßnahmen in Wiesbaden im Vergleich zu anderen Kommunen zu bewerten?
3. Wie sollte aufgrund der bisherigen Erkenntnisse für Wiesbaden sowie der Vergleiche mit anderen Kommunen das Maßnahmenbündel in Wiesbaden weiterentwickelt werden?
4. Welche politischen Ziele können bis Ende der Wahlperiode realistisch erreicht werden und welche verbindlichen und transparenten Sozialindizes sind hierfür festzulegen, um regelmäßige Evaluationen zu ermöglichen (vgl. 2011:20)?
5. Wie kann eine Aktivierung von ehrenamtlichen Potentialen verbessert werden (2011:20)?

5. 12-F-05-0012

Defibrillatoren im öffentlichen Raum der LHW
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 22.11.2012 -

Ein Defibrillator, auch Schockgeber genannt, ist ein medizinisches Gerät, das bei plötzlichem Herzstillstand eingesetzt wird, um durch kurze elektrische Schocks eine Reanimation herbeizuführen. Entscheidend hierbei ist der möglichst frühe (schnelle) Einsatz: Erfolgt die Reanimation innerhalb der ersten zwei Minuten nach dem Ereignis, erhöht sich die Überlebenschance auf bis zu 60%. Sobald der Notrufknopf gedrückt ist, wird eine Verbindung zur Rettungsstation aufgebaut. In der Basisstation des Defis ist eine Art Handy integriert, d.h. der Helfer ist während der ganzen Zeit der Benutzung mit geschultem Personal verbunden. Der automatisierte externe Defi (AED) ist deshalb speziell für Laienhelfer geeignet. Wie Dr. Felix Post, Leiter der Intensivmedizin an der Universitätsklinik Mainz, bei einer Schulung ausführte, „kann man nichts falsch machen, denn das Gerät kann sprechen. Man muss nur dessen Anleitungen folgen, bis der Notarzt kommt“. Und noch drastischer: „(...) am schlimmsten ist es, wenn Sie gar nichts tun. Bedenken Sie: Einer Reanimation geht der Tod voraus, schlimmer kann es also nicht werden“.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Ob bzw. wo sich im Rathaus und in anderen öffentlichen Einrichtungen der LHW (z.B. Sportanlagen) AEDs befinden.
2. Wenn ja, ob im Bedarfsfall die Geräte durch deutlich angebrachte Hinweise so schnell aufgefunden werden können, dass ein Einsatz ohne langwieriges Suchen möglich ist.
3. Wenn ja, ob z.B. im Rathaus Mitarbeiter für den Einsatz besonders geschult wurden und ob diese Personen auch bekannt sind.
4. Auch wird der Magistrat gebeten zu berichten, ob ihm bekannt ist, dass die Anschaffung von (weiteren) AEDs des Herstellers Fa. Brunner gesponsert werden kann bei einer Koppelung mit Werbung.

6. 12-F-08-0126

Datenschutzbericht 2011 - hier: Sozialdatenschutz
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 27.11.2012 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung vom 22. November 2012 den Bericht des Datenschutzbeauftragten zur Kenntnis genommen. Darin befanden sich auch einige Themen, die sich auf den Sozialdatenschutz beziehen, dessen Einhaltung von der Relevanz her mit dem Steuergeheimnis vergleichbar ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Datenschutzbeauftragte wird gebeten, im Sozialausschuss zu Themen aus dem Bericht, die den Sozialdatenschutz betreffen, zu berichten.

Zu behandelnde Themen sollten auch sein:

- Gewährleistung des Sozialdatenschutzes in der Eingangssituation der Zweigstellen des kommunalen Jobcenters (insbesondere Konradinerallee, Taunusstraße, Glarusstraße (hier insbesondere die Telefonlösung auf den jeweiligen Stockwerken)).
- Zugriff auf Daten der Leistungsberechtigten innerhalb der Verwaltung.
- Erhebung von persönlichen Daten auf dem „Fragebogen zur persönlichen Situation“ (insbesondere Fragen nach Schwangerschaft, Vorstrafen, Schulden).
- Überweisung von Kosten der Unterkunft direkt an den/die Vermieter_in ohne konkreten Anlass.

7. 12-F-08-0127

Kooperation mit einer Behinderteneinrichtung
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 27.11.2012 -

In der Stadtverordnetenversammlung vom 22. November 2012 wurde die Kooperation mit einer Behinderteneinrichtung in Bezug auf das Scannen von Briefpost in der Stadtverwaltung beschlossen. Leider war die Vorlage nicht im Sozialausschuss zur Beratung vorgesehen und einige Fragen (zum Beispiel bezüglich der Entlohnung) konnten bis heute nicht beantwortet werden.

Der Ausschuss möge beschließen:
Vertreter_innen der Verwaltung und der Behinderteneinrichtung, mit der kooperiert wird, werden in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit eingeladen und gebeten, das Projekt vorzustellen.

8. 12-F-03-0168

Zusätzliche Plätze in den Betreuenden Grundschulen Wiesbadens
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2012 -

Die Stadt Wiesbaden unterhält mit den Betreuenden Grundschulen ein herausragendes Betreuungsangebot für Kinder in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen. Die Betreuende Grundschule bietet unbestritten eine hohe Qualität in der Kinderbetreuung und wirkt so Benachteiligungen von Kindern und ihren Familien entgegen. Die Einbindung der Betreuenden Grundschulen in das Amt für Soziale Arbeit bietet darüber hinaus als Teil der Jugendhilfe, gute Möglichkeiten, Kinder und ihre schulische Entwicklung zu fördern. Die institutionelle Vernetzung mit den Einrichtungen der Schulsozialarbeit an Haupt- und Gesamtschulen in einer Abteilung ist ein weiter konzeptioneller Baustein, der die Kinder im Übergang auf weiterführenden Schulen unterstützt. An bestimmten Standorten mit diesen besonderen Bedarfslagen ist ein weiterer Ausbau in der Betreuung jedoch nach unserer Einschätzung notwendig.

I.
Der Ausschuss nimmt deshalb zur Kenntnis,

dass das Platzangebot in den folgenden Betreuenden Grundschulen: Goetheschule, Ludwig Beck Schule, Grundschule Schelmengraben, Geschwister Scholl Schule, Carlo Mierendorff Schule, Krautgartenschule, Anton Gruner Schule und Jahnschule nicht ausreichend ist, um den tatsächlichen Bedarf an Betreuungsplätzen mit besonderen Bedarfslagen im Grundschulkinderbereich abzudecken.

II.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. An folgenden Standorten wird in Abstimmung mit der jeweiligen Schulgemeinschaft folgende Aufstockung in den Regelbetrieb der Betreuenden Grundschule vorgenommen:
 - a) Goetheschule von 36 Ganztagsplätzen auf 48 und von 18 Halbtagsplätzen auf 24;
 - b) Ludwig Beck Schule von 36 Ganztagsplätzen auf 48 und von 18 Halbtagsplätzen auf 24;
 - c) Grundschule Schelmengraben von 36 Ganztagsplätzen auf 60 und von 18 Halbtagsplätzen auf 30;
 - d) Geschwister Scholl Schule von 36 Ganztagsplätzen auf 60 und von 18 Halbtagsplätzen auf 30;
 - e) Carlo Mierendorff Schule von 36 Ganztagsplätzen auf 48 und von 18 Halbtagsplätzen auf 24;
 - f) Krautgartenschule von 36 Ganztagsplätzen auf 48 und von 18 Halbtagsplätzen auf 24;
 - g) Anton Gruner Schule von 36 Ganztagsplätzen auf 48 und von 18 Halbtagsplätzen auf 24
 - h) Jahnschule von 42 Ganztagsplätzen auf 48 und von 18 Halbtagsplätzen auf 24.
2. Der Ausbau soll möglichst schon zum Schuljahresbeginn 2013/2014 umgesetzt werden.
3. Nach Abschluss der Neubauarbeiten der Freiherr vom Stein Schule soll diese ebenfalls als Betreuende Grundschule mit Angebot von 36 Ganztags- und 18 Halbtagsplätzen eingerichtet werden.
4. Der Personalbedarf für die Erweiterung der Betreuungsplätze an der Betreuenden Grundschule wird durch Dez. VI für den kommenden Haushalt 2014/2015 angemeldet. Die Kosten für das Haushaltsjahr 2013 sind soweit erforderlich dem Haushalt außerplanmäßig zuzusetzen.
5. Die Sachmittel-Etats der Betreuenden Grundschulen werden jährlich angemessen erhöht. Das zuständige Dezernat VI wird je Schule einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Die entsprechende Kostendeckung in 2013 erfolgt durch außerplanmäßige Zusetzungen.

9. 12-F-03-0119

ANLAGE

Personalausstattung Suchthilfezentrum Mediensucht
- *Bericht des Dezernates II vom 31.10.2012* -

10. 12-F-03-0121

ANLAGE

AIDS Präventionsmaßnahmen
- *Bericht des Dezernates II vom 1.11.2012* -

11. 12-F-03-0120 ANLAGE

Ausländerbeirat als Kooperationspartner bei Gesundheitsprävention
- *Bericht des Dezernates II vom 31.10.2012* -

12. 12-F-03-000093 ANLAGE

Aufklärungskampagne Organspende
- *Bericht des Dezernates II vom 5.11.2012* -

13. 11-A-50-0009 ANLAGE

Handlauf auf Rathauptreppe
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 7.11.2012* -

14. Troncmittel 2012 für den Bereich Soziales

15. 12-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. Zu erledigende Punkte aus dem Jahresgespräch 2012 mit dem AK Behinderte

1.1 05-F-02-0050 ANLAGE

Prioritätenlisten zur Barrierefreiheit in Wiesbaden

1.2 10-A-16-0006 ANLAGE

Platz vor Marktkirche, muss zukünftig barrierefrei sein

- | | | |
|------------|--|----------------------|
| 1.3 | 10-A-16-0011 | ANLAGE |
| | Lichtsignalanlagen (LSA) mit akustischen Anzeigen | |
| 1.4 | 10-A-16-0014 | ANLAGE |
| | Neu geplante öffentliche Toiletten für Alle | |
| 1.5 | 10-A-16-0017 | ANLAGE |
| | Behindertengerechte Wohnungen in der Helen-Keller-Strasse 6A | |
| 1.6 | 11-A-50-0010 | ANLAGE |
| | Problembereich Bushaltestelle Walllauer Weg - Kreuzung Hunsrückstraße / Wallauer Weg | |
| 1.7 | 11-A-50-0011 | ANLAGE |
| | Querungsstelle in Erich-Ollenhauerstrasse unterhalb Bodelschwingschule, Nähe Kreuzung Kärntnerstraße | |
| 1.8 | 11-A-50-0012 | ANLAGE |
| | Zweites Blindentastmodell für Kurviertel | |
| 1.9 | 11-F-01-0004 | ANLAGE |
| | Stadtplan für Blinde | |
| 2. | 12-V-20-0056 | DL 45/12-5 |
| | Investitionscontrolling 3. Quartal 2012 | |
| 3. | 12-V-20-0058 | DL 45/12-1 NÖ |
| | Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft; Sachstand Neubauvorhaben | |

4. 12-V-51-0030 DL 44/12-4 NÖ

Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, Finanzierung Grundstück BauHof

5. 12-V-51-0056 DL 44/12-5

Bereitstellung eines städtischen Grundstücks in der Wörtherseestraße zum Bau einer Kindertagesstätte

6. 12-V-51-0057 DL 45/12-9

Lebenshilfe Wiesbaden e. V. Erhöhung des Leistungsentgeltes für die Kindertagesstätte ab 01.01.2012

7. 12-V-51-0063 DL 45/12-10

Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2013 im Bereich des Amtes für Soziale Arbeit

8. 12-V-80-8008 DL 44/12-12

Projekt Haushaltsnahe Dienstleistungen (Alltagsengel) 2012 bis 2014 - Erhöhung Teilnehmerzahl

9. 12-V-80-2322 DL 44/12-11

Ortsteilzentrum Hessenring

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Ulrich Weinerth
Vorsitzender